

Chronologie

November / Dezember 2005*

November

2.11. Der ehemalige Befehlshaber der französischen Streitkräfte in der Elfenbeinküste, General Henri Poncet, und sein ehemaliger Stellvertreter, General Renaud de Malaussène, erhalten von Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie eine Rüge (die schwerste Disziplinarstrafe) und werden ihrer Funktionen entbunden. Aus einem Untersuchungsbericht des Generalstabs der französischen Armee ergibt sich, dass beide Generäle „direkt oder indirekt“ in die Ermordung eines ivorischen Kriminellen verwickelt gewesen seien und die Tat anschließend gegenüber der militärischen Führung verschleiert hätten. Der Ivorer war am 13. Mai in einem französischen Militärfahrzeug erwürgt worden.

2.11. Angesichts der schweren Ausschreitungen von Jugendlichen in den Pariser Vorstädten kündigt Premierminister Dominique de Villepin in der Nationalversammlung einen Aktionsplan noch für November an. Am 27. Oktober waren zwei Jugendliche im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois in einer Transformatorenstation ums Leben gekommen, die sich nach Angaben Dritter von der Polizei verfolgt gefühlt hatten.

2.–5.11. Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabres hält sich zu einem Besuch in den USA auf. Neben Gesprächen mit Vertretern des US-amerikanischen kulturellen Lebens steht der Besuch der vom Hurrikane „Katrina“ zerstörten Stadt New Orleans im Mittelpunkt seiner Reise. Bei einem Treffen mit dem demokratischen Bürgermeister Ray Nagin kündigt Donnedieu de Vabres unter anderem eine große Ausstellung mit Werken des Louvre, des Musée d'Orsay und des Centre Pompidou für die Jahreswende 2006/2007 in New Orleans an.

3.11. In Trélazé (Maine-et-Loire) eröffnet die in staatlichem Besitz befindliche Post die erste Niederlassung, die dem neuen Image eines kundenfreundlicheren Unternehmens ent-

sprechen soll. Die französische Post investiert in die Erneuerung ihrer 3 500 Geschäftsstellen 770 Millionen Euro und verfolgt damit eine andere Strategie als die Deutsche Post, die in den letzten Jahren verstärkt in den Logistikbereich und den Briefdienst investiert hatte.

4.11. Staatspräsident Jacques Chirac empfängt den zypriotischen Präsidenten Tassos Papadopoulos. Er erklärt, dass der Abschluss des Vereinigungsprozesses zwischen dem griechischen Süd- und dem türkischen Nordteil der Insel eine Bedingung für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union sei. Beide Seiten vereinbaren anlässlich des ersten Besuchs eines zypriotischen Präsidenten in Frankreich seit 17 Jahren eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit.

6.11. Bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern in Toulouse spricht sich Außenminister Philippe Douste-Blazy für eine stärkere Solidarität der Europäischen Union mit den südlichen Mittelmeerstaaten aus. Die Minister diskutieren unter anderem die Idee einer von der Europäischen Kommission unterstützten Arbeitsgruppe EU-Mittelmeer-Afrika zur Koordinierung der Migrationspolitik der verschiedenen Länder.

7.11. Die Nationalversammlung nimmt mit den Stimmen von UMP und UDF das Verteidigungsbudget für 2006 an. Der Haushalt wird zum vierten Mal in Folge steigen und sich auf 47 Milliarden Euro belaufen.

7.11. In seinem Jahresbericht zum Zustand der französischen Wirtschaft zeichnet der Internationale Währungsfonds (IWF) ein vorsichtig optimistisches Bild und lobt die Regierung für ihre Methode der „graduellen Konsenssuche“. Trotz erster positiver Ergebnisse müsse für das Jahr 2006 dennoch mit einem öffentlichen Defizit von 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gerechnet werden, wenn nicht neue strukturel-

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

le Reformen eingeleitet würden. Ein langfristig ausgeglichener Staatshaushalt könne nur erreicht werden, wenn Frankreich die Reform des Staates vorantreibe und zum Beispiel nur einen von zwei Beamten ersetze, die das Rentenalter erreichen.

7.11. *Le Monde* erscheint in einem neuen Layout. Eines der wesentlichen Ziele ist es, der Zeitung ein moderneres Profil zu verleihen und damit den Rückgang der Verkaufszahlen zu stoppen. Seit 2002 ist die Zahl derjenigen, die *Le Monde* täglich am Kiosk kaufen, um 40 000 Personen zurückgegangen.

8.11. Der Conseil des ministres stimmt der Verordnung zur Notstandsgesetzgebung für die Unruhegebiete vor allem in den Pariser Vorstädten zu. Damit können in bestimmten Kommunen eine nächtliche Ausgangssperre verhängt und zu jeder Zeit Hausdurchsuchungen durchgeführt werden. In der Nationalversammlung kündigt Premierminister de Villepin an, Mittel für 20 000 zusätzliche befristete Arbeitsverträge für Jugendliche bereit zu stellen, weitere 5 000 Hilfslehrer in Problemvierteln einzustellen und 15 zusätzliche „Sonderwirtschaftszonen“ einzurichten, in denen günstige Konditionen für Unternehmensgründer gelten.

8.11. Der Wettbewerbsrat (Conseil de la concurrence) verurteilt den Konzern France Télécom wegen Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung zu einem Bußgeld von 80 Millionen Euro. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, den Hochgeschwindigkeitszugang zum Internet gegen Konkurrenten abgeschirmt und damit „schweren wirtschaftlichen Schaden“ verursacht zu haben.

9.11. Innenminister Nicolas Sarkozy kündigt in der Nationalversammlung an, dass Ausländer, die an den Unruhen in den Vorstädten beteiligt gewesen sind, aus Frankreich ausgewiesen werden sollen. Diese Maßnahme soll jedoch nur diejenigen Ausländer betreffen, die „eine schwere Bedrohung für die öffentliche Ordnung“ darstellen. Von den 1 800 im Zusammenhang mit den Unruhen Festgenommenen sind 120 ausländischer Herkunft. Die große Mehrheit dieser Gruppe verfügt über eine gültige Aufenthaltsgenehmigung. Der Beschluss wird von der Opposition und von Menschenrechtsgruppen heftig kritisiert.

9.11. Bei der parteiinternen Befragung stimmen 56 Prozent der Mitglieder des Parti socialiste für den Leitantrag des Parteivorsitzenden François Hollande zum Parteikongress vom 18. bis 20. November in Le Mans. Damit schneidet Hollande deutlich besser ab als seine europakritischen Konkurrenten

Vincent Peillon und Arnaud Montebourg vom Nouveau Parti socialiste (24 Prozent) sowie Laurent Fabius (19 Prozent).

10.11. Anlässlich des 18. französisch-spanischen Gipfels in Paris fordern Staatspräsident Chirac und der spanische Ministerpräsident José Luis Zapatero Großbritannien indirekt auf, bei den Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2007 bis 2013 eine Geste des Entgegenkommens in der Frage des britischen Beitragsrabatts zu machen. Chirac und Zapatero kündigen ferner die Gründung eines französisch-spanischen Verteidigungsrates, einen Diplomaten-austausch nach deutsch-französischem Muster sowie eine verstärkte bilaterale Forschungskooperation an.

11.11. Wenige Tage vor Beginn des UNO-Gipfels zur Informationsgesellschaft in Tunis wird der für *Libération* arbeitende Journalist Christophe Boltanski in Tunis von Unbekannten angegriffen und niedergestochen. Boltanski war von der Zeitung zur Gipfelberichterstattung nach Tunesien entsandt worden. Im Vorfeld des Gipfels hatte die tunesische Regierung wiederholt versucht, Akteure der Zivilgesellschaft einzuschüchtern. Zahlreiche Staaten, unter anderem Frankreich, hatten Tunis offiziell aufgefordert, diese Repressalien einzustellen.

14.11. In einer Fernsehansprache nimmt Staatspräsident Chirac zu den seit mehr als zwei Wochen andauernden Unruhen in den französischen Vorstädten Stellung. Die Ereignisse seien das Ergebnis „einer Sinn- und Identitätskrise“ der Jugendlichen in den Banlieues, die zugleich aber „Töchter und Söhne der Republik“ seien. Chirac kündigt die Einrichtung eines freiwilligen Zivildienstes an, den im Jahr 2007 50 000 Jugendliche leisten könnten und der die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung junger Menschen erleichtern soll.

14.11. Der Schiffshersteller Chantiers de l'Atlantique, ein Unternehmen des Alstomkonzerns, erhält von der italienischen Reederei MSC einen Auftrag für zwei Kreuzfahrtschiffe im Wert von einer Milliarde Euro. Dieser Abschluss gilt jedoch nur als schwacher Hoffnungsschimmer für das Unternehmen, das im Jahr 2004 einen Verlust von 103 Millionen Euro eingefahren hat. Chantiers de l'Atlantique hatten 2004 das größte Passagierschiff der Welt, die „Queen Mary 2“, fertig gestellt.

17.11. Der für Wirtschafts- und Währungspolitik zuständige Europäische Kommissar Joaquin Almunia äußert Zweifel daran, dass Frankreich sein öffentliches Defizit im Jahr 2006 unter das Niveau von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts

senken wird. Die Kommission geht von einem Defizit von 3,5 Prozent, die französische Regierung hingegen von 2,9 Prozent aus. Die Ursachen der divergierenden Prognosen liegen zum einen in einer unterschiedlichen Einschätzung der künftigen Ausgaben für das Gesundheitssystem, zum anderen in deutlich auseinandergehenden Einschätzungen des Wirtschaftswachstums für 2005 und 2006 (Kommission: 1,5 beziehungsweise 1,8 Prozent, französische Regierung: 2 / 2,5 Prozent).

18.–20.11. In Le Mans findet der 74. Parteitag des Parti socialiste (PS) statt, der von dem Streben nach demonstrativer Einigkeit unter den drei wichtigsten Strömungen in der Partei dominiert ist. Obwohl die europafreundliche und in Wirtschaftsfragen reformorientierte Mehrheit um den Parteivorsitzenden durch parteiinterne Abstimmungen mehrfach bestätigt worden war, macht François Hollande seinen Konkurrenten des Nouveau Parti socialiste und der Gruppe um Laurent Fabius wichtige Zugeständnisse: Der EU-Verfassungsvertrag wird als beendetes Projekt bewertet und ein starkes „Gouvernement économique“ gefordert. Der Staat soll in seiner sozialen Schutzfunktion gestärkt werden, unter anderem durch eine Anhebung des Mindestlohns auf 1 500 Euro.

21.11. Mit der erstmaligen Börsennotierung der Aktie des privatisierten Stromkonzerns Electricité de France (EdF) wird der weltweit größte Börsengang seit vier Jahren vollzogen. Die Regierung hatte die Aktie für Privatanleger zum Preis von 32 Euro einen Euro günstiger angeboten als für institutionelle Investoren. Damit war die Hoffnung verbunden gewesen, einen festen Kern französischer Aktionäre zu etablieren. Diese Hoffnung erfüllt sich nicht, da die meisten Kleinanleger ihre Aktien noch am selben Tag wieder verkauften, um einen schnellen Gewinn zu erzielen. Die sozialistische Opposition kündigt an, im Fall eines Wahlsiegs im Frühjahr 2007, EdF wieder zu verstaatlichen.

22.11. Bei einem Treffen mit Staatspräsident Chirac sprechen sich die Vorsitzenden der wichtigsten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gegen das von Innenminister Sarkozy favorisierte Prinzip der „positiven Diskriminierung“ aus. Die von Sarkozy geforderte Festlegung von Quoten, die eine bessere Integration unter anderem von religiösen Minderheiten ermöglichen soll, wird einhellig als nicht der „republikanischen Logik“ entsprechend abgelehnt.

23.11. Die erste Auslandsreise der neuen Bundeskanzlerin führt Angela Merkel nach Paris. In einem Gespräch mit

Staatspräsident Chirac verständigen sich beide darauf, in der Debatte über die finanzielle Vorausschau der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013 gemeinsam vorzugehen. Merkel kündigt an, dass die neue Bundesregierung in der Europapolitik vermittelnd zwischen französischen und britischen Positionen wirken wolle, vor allem aber „ergebnisorientierte“ Politik betreiben werde.

23.11. Erstmals in der laufenden Legislaturperiode stimmt die Mehrheit der UDF-Abgeordneten in der Nationalversammlung gegen einen Budgetentwurf. Zwar wird das Haushaltsgesetz für 2006 mit großer Mehrheit angenommen. Doch lehnen 15 der 30 UDF-Abgeordneten das Gesetz ab (acht weitere enthalten sich, sechs nehmen an der Abstimmung nicht teil, einer stimmt für das Gesetz). Das Verhalten der UDF wird von vielen Beobachtern als ein weiterer, mit den 2007 anstehenden Wahlen zusammenhängender Schritt der kleineren Regierungspartei in Richtung einer größeren Unabhängigkeit von der UMP gewertet.

24.11. Der französische Agrarminister Dominique Busereau erklärt sich zufrieden mit der unter den EU-Agrarministern erreichten Einigung über eine Reform des EU-Zuckermarkts. Anders als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, kommen die Minister überein, die Garantiepreise für Weißzucker bis 2010 (statt bis 2008) um 36 (statt um 39) Prozent zu senken. Damit folgt die EU einem Schiedsspruch der Welthandelsorganisation (WTO). Innerhalb der Union wird vor allem Frankreich von der Einigung profitieren, dessen Zuckerindustrie zu den wettbewerbsfähigsten in der EU gehört.

26.11. Bei einem Treffen in der Nationalversammlung gründen Vertreter von 50 Vereinen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen den „Conseil représentatif des associations noires“ (Cran). Der Cran setzt sich zum Ziel, den „latenten Rassismus“ in der französischen Gesellschaft stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

26.11. Der Parteivorsitzende des Parti socialiste, François Hollande, verkündet offiziell die Zusammensetzung der neuen Parteiführung („Secrétariat national“). Bis auf Marie-Noëlle Lienemann und Jean-Luc Mélenchon, die beide der Parteilinken angehören und Fabius nahe stehen, finden sich alle wichtigen Vertreter der drei Hauptströmungen der Partei im Sekretariat berücksichtigt. Von den insgesamt 43 Mitgliedern gehören sieben der Fabius-Gruppe und weitere sieben dem Nouveau Parti socialiste (NPS) an.

29.11. Premierminister de Villepin stellt auf einer Pressekonferenz ein neues Regierungsprogramm zur Einwanderungspolitik vor, das durch restriktive Maßnahmen geprägt ist. So soll die Familienzusammenführung dadurch erschwert werden, dass ein entsprechender Antrag eines Immigranten erst nach zweijährigem Aufenthalt in Frankreich gestellt werden darf. Die automatische Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe soll ebenso erschwert werden wie der Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft durch die Heirat mit einem Franzosen. Weitere Maßnahmen betreffen unter anderem eine strengere Zugangskontrolle für ausländische Studenten an französische Universitäten sowie eine Verkürzung der Entscheidungsverfahren bei Asylanträgen.

29.11. Gegenüber dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN äußert sich Premierminister de Villepin zurückhaltend zu einem vollständigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak. Der Zeitplan dafür müsse von der Situation im Irak abhängig gemacht werden. Auf jeden Fall müsse ein Chaos im Land vermieden werden, das für die Stabilität in der Region desaströse Folgen haben könne.

29.11. Die sozialistische Opposition scheitert in der Nationalversammlung mit dem Versuch, ein Gesetz abzuschaffen, das im Juni 2004 in Kraft getreten war und in dem festgelegt ist, dass die Lehrpläne für die Schulen „in besonderem Maße die positive Rolle der französischen Präsenz in den Überseegebieten, vor allem in Nordafrika“ berücksichtigen sollen. Das Gesetz war von Lehrern, der Liga für Menschenrechte und dem algerischen Präsidenten Bouteflika kritisiert worden.

30.11. Der Wettbewerbsrat (Conseil de la concurrence) verurteilt die drei Mobilfunkanbieter Orange (eine Tochter von France Télécom), SFR und Bouygues Télécom wegen jahrelanger Preisabsprachen zu Bußgeldern in einer Gesamthöhe von 534 Millionen Euro. Die Unternehmen hatten zwischen 1997 und 2003 Informationen über Abonnements und Kündigungen ausgetauscht und von 2000 bis 2002 ihre Marktanteile nach gegenseitiger Absprache eingefroren.

Dezember

1.12. Das Berufungsverfahren gegen die letzten Angeklagten eines vermeintlichen Kinderschänder-Ringes im nordfranzösischen Outreau endet mit Freisprüchen für alle sechs Betroffenen. Damit sind von den ursprünglich 17 Beschuldigten 13 wieder rehabilitiert. Das mehrjährige Verfahren zählt zu

den größten Justizskandalen in der französischen Geschichte. Generalstaatsanwalt Yves Jannier hatte abschließend für alle Angeklagten auf Freispruch plädiert und das Verfahren als „Katastrophe“ bezeichnet. Einige der bereits Verurteilten hatten drei Jahre in Untersuchungshaft gesessen, manchen war das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen worden. Die Urteile hatten im Wesentlichen auf Zeugenaussagen von Kindern beruht, die nachträglich zurückgezogen worden waren.

1.12. Premierminister de Villepin kündigt an, dass Eltern, denen von Sozialarbeitern, der Schule oder der Polizei „gravierende Verfehlungen“ vorgeworfen werden, einen „Contrat de responsabilité parentale“ abschließen. Sollten sie die darin festgelegten Verpflichtungen nicht einhalten, können finanzielle Sanktionen gegen sie ergriffen werden.

3./4.12. In Bamako (Mali) findet der 23. Afrika-Frankreich-Gipfel seit 1973 statt. Das Treffen ist geprägt von mehreren Vorschlägen des Staatspräsidenten Chirac, welche die wiederholte Einreise afrikanischer Unternehmer und Führungskräfte, Wissenschaftler und Künstler nach Frankreich erleichtern sollen. Im Mittelpunkt steht dabei die Erteilung von Langzeitvisa für die genannten Gruppen, die auch die mehrfache Einreise nach Frankreich ermöglichen werden. Ferner soll es afrikanischen Professoren unter anderem erlaubt werden, neben einem Lehrstuhl in ihrem Heimatland auch einen Lehrstuhl in Frankreich zu besetzen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den intellektuellen Austausch zwischen Afrika und Frankreich zu fördern („retour des compétences“).

4.12. In Bahrain spricht sich Verteidigungsministerin Alliot-Marie für ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement der Europäer in der Golfregion aus. Angesichts massiver US-amerikanischer Präsenz dürfe Europa nicht abseits stehen. Die europäischen Staaten könnten zum Beispiel beim Aufbau eines institutionalisierten Dialogs unter den Staaten der Region nach dem Modell der OSZE helfen. Ferner könne die Europäische Union im Konfliktfall unter anderem ihre neuen schnellen Einsatzkräfte („Battle groups“) anbieten. Auch an militärische Unterstützungsprogramme nach dem Beispiel des in Afrika erprobten Programms Recamp könne gedacht werden.

6.12. Das Bureau Politique der Regierungspartei UMP beschließt eine Reform seines Statuts. Dem Vorschlag des Parteivorsitzenden Sarkozy folgend sieht die Reform eine Abstimmung aller Parteimitglieder über den Präsidentschaftskandidaten der Partei für die Wahlen im Frühjahr 2007 vor. Die

Abstimmung soll im Januar 2007 stattfinden. Nach langem Widerstand stimmt auch Premierminister de Villepin der Reform zu.

6.12. Der ehemalige Premierminister und Bürgermeister von Bordeaux, Alain Juppé, darf ab sofort wieder bei Wahlen für öffentliche Ämter kandidieren. Juppé war am 1. Dezember 2004 wegen seiner Verstrickung in die Korruptionsaffäre der Pariser RPR zu vierzehn Monaten Haft auf Bewährung und einem Jahr Verlust des passiven Wahlrechts verurteilt worden.

7.12. Innenminister Sarkozy verschiebt eine Reise nach Martinique und Gouadeloupe nach massiven Protesten in beiden Überseegebieten gegen das Gesetz vom 4. Februar 2005, das die „positive Rolle“ Frankreichs in seinen Kolonialgebieten festschreibt. Zahlreiche Intellektuelle hatten die Position Sarkozys und weiterer UMP-Vertreter heftig kritisiert. Der Dichter der „Négritude“, Aimé Césaire, hatte erklärt, den Innenminister nicht „empfangen“ zu wollen.

8.12. In Berlin treffen sich Staatspräsident Chirac und Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen des so genannten „Blaesheim-Prozesses“, um das Gipfeltreffen des Europäischen Rats Mitte Dezember vorzubereiten. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2007 bis 2013. Sowohl Chirac als auch Merkel erklären, dass der Vorschlag Londons, den „Brittenrabatt“ um acht Milliarden Euro bis 2013 zu senken, noch nicht ausreicht.

9.12. Kurz vor seinem erneuten Börsengang verkündet der weltweit führende Hersteller von Produkten für Elektroinstallationen und Datennetze, die Gruppe Legrand, den Kauf zweier großer chinesischer Elektrounternehmen des Konzerns TCL. Damit wird Legrand zum größten Anbieter der Branche in China. Die Unternehmensführung versichert, dass mit dem Kauf keine Verlagerung von Arbeitsplätzen nach China verbunden sei.

10.12. Arnaud Montebourg, Mitbegründer des Nouveau Parti socialiste (NPS) verkündet die Gründung einer neuen Strömung innerhalb des Parti socialiste mit dem Namen „Rénover maintenant“. Montebourg hatte sich auf dem Parteikongress des PS im November in Le Mans gegen den Konsensbeschluss der Parteimehrheit um Francois Hollande mit den Anhängern von Laurent Fabius und dem NPS ausgesprochen. Montebourg kritisiert unter anderem, dass das ihm besonders wichtige Projekt einer Weiterentwicklung des poli-

tischen Systems Frankreichs zu einer VI. Republik in den Beschlüssen von Le Mans nicht erwähnt wird.

12.12. Außenminister Douste-Blazy erklärt, dass Frankreich einen Beschluss der Europäischen Union, Mazedonien den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen, für den Fall blockieren werde, dass sich die EU im Dezember nicht mehr über die finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 einigen könne. Wenn die Union weder die institutionellen noch die finanziellen Voraussetzungen dafür mitbringe, müssten derartige Erweiterungsbeschlüsse verschoben werden. Frankreich ist der einzige EU-Mitgliedstaat, der sich zum Mazedonienbeschluss kritisch äußert.

12.12. Premierminister de Villepin legt einen umfassenden Plan zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und zur Stärkung der Kaufkraft vor. Damit kommt er seiner Ankündigung vom 2. November nach, schnell und mit konkreten Maßnahmen auf die schweren Unruhen in den französischen Vorstädten zu reagieren. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem ein „Aktionsplan für die Jugendlichen“, der Arbeitssuchenden unter 25 Jahren helfen soll, in zukunftsorientierten Branchen einen Arbeitsplatz zu finden. Ferner soll es ein „universelles Recht auf Ausbildung“ für diejenigen geben, die mit 16 Jahren die Schule verlassen und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung haben. Die Kaufkraft der Franzosen soll unter anderem durch neue „Gehaltsabkommen“ („accords salariaux“) in den einzelnen Branchen vergrößert werden, die zu verstärktem Druck auf die Arbeitgeber führen sollen, die Gehälter anzuheben.

13.12. Auf Bitten von Staatspräsident Chirac initiiert Premierminister de Villepin in der Nationalversammlung eine Debatte über Europa. Gegenstand der Debatte sind die Konsequenzen des gescheiterten Referendums über den EU-Verfassungsvertrag und die Frage, wie das Parlament besser in die EU-Entscheidungsprozesse einbezogen werden kann. Der Anlass wird zudem genutzt, um einen von allen anwesenden Abgeordneten mitgetragenen Appell an die britische Ratspräsidentschaft zu formulieren, in dem Großbritannien bezüglich der EU-Budgetverhandlungen an seine „historische Verantwortung“ im Hinblick auf einen ausgewogenen Haushalt der Union erinnert wird.

14.12. Finanzminister Thierry Breton stellt den Abschlussbericht der Pébureau-Kommission zur öffentlichen Verschuldung Frankreichs vor. In dem Bericht werden bereits bekannte Daten zusammengefasst: Der französische Staat ist mit 1 117

Milliarden Euro verschuldet, was 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Hinzu kommen Verpflichtungen zwischen 450 und 900 Milliarden Euro, die sich aus den Pensionszahlungen für Beamte ergeben. In dem Bericht wird betont, dass es seit Beginn der 1980er Jahre den Regierungen zur Gewohnheit geworden sei, „die steigende Verschuldung als öffentliche Finanzressource anzusehen“. Breton kündigt an, den Schuldenstand innerhalb von fünf Jahren unter die 60-Prozent-Grenze zu drücken.

15.12. Der Vorsitzende der UDF, Francois Bayrou, spricht sich für den Übergang zur VI. Republik aus. Kern seiner Vorschläge ist die Abschaffung des reinen Mehrheitswahlrechts. Staat dessen sollte die Hälfte der Abgeordneten nach dem Mehrheits- und die andere Hälfte nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Den Franzosen müsse es ermöglicht werden, mit der Regierung uneins zu sein, ohne als alleinige Alternative den Parti socialiste zu haben.

15./16.12. Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates einigen sich die 25 Staats- und Regierungschefs auf ein EU-Budget für die Jahre 2007 bis 2013. Nach Konzessionen Großbritanniens beim so genannten Britenrabatt muss Frankreich kaum Abstriche bei der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik hinnehmen. Der britische Premierminister Blair setzt allerdings eine Klausel durch, die eine Revision der Haushaltsplanung in den Jahren 2008/2009 vorsieht. Durch das Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Haushaltspolitik stellt dies für Frankreich, das an einem möglichst unveränderten Agrarbudget interessiert ist, ein geringes Risiko dar.

18.12. Auf dem WTO-Gipfel in Hongkong unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der 149 Mitgliedstaaten ein Abkommen, das nur geringe Liberalisierungsmaßnahmen im wichtigsten Dossier, der Landwirtschaft, vorsieht. Das Ende der Exportsubventionen für Agrarprodukte wird auf das Jahr 2013 festgelegt, das zugleich das Ende der nächsten Haushaltsperiode der EU ist. Da die Exportsubventionen mit 2,8 Milliarden Euro nur einen geringen Anteil am gesamten EU-Agrarbudget (43 Milliarden Euro) ausmachen, wird die Gemeinsame Agrarpolitik der EU prinzipiell nicht angetastet, was in der französischen Regierung und bei der Agrarlobby als Erfolg angesehen wird.

20.12. Die Nationalversammlung und der Senat verabschieden den Haushalt für das Jahr 2006. Er liegt mit 266 Milliarden Euro um etwa 22 Milliarden Euro unter dem Budget für 2005; die Neuverschuldung steigt auf 46,7 Milliarden Euro

(2005: 45,2 Milliarden Euro). Das Haushaltsgesetz enthält zahlreiche steuerliche, konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Unter anderem wird die Arbeitsprämie („prime pour l'emploi“) angehoben, die einem Arbeitslosen bei Abschluss eines Arbeitsvertrages gezahlt wird. Ferner sind ab 2007 Steuererleichterungen für Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen unter 42 000 Euro vorgesehen.

20.12. Der im Auswärtigen Amt für Europapolitik zuständige Staatsminister Günter Gloser (SPD) wird vom Bundeskabinett zum neuen Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Erstes Schwerpunktthema seiner Arbeit wird die Frage der Chancengleichheit insbesondere für Jugendliche und Frauen aus sozial benachteiligten beziehungsweise aus Migrantenfamilien sein. Auf französischer Seite wird das Amt von Europaministerin Catherine Colonna wahrgenommen.

27.12. Der Präsident der Fährgesellschaft Société Nationale Maritime Corse Méditerranée (SNCM) erläutert seine Pläne für eine Restrukturierung des Unternehmens. 400 Stellen sollen eingespart werden, wobei ein Teil davon durch den Eintritt von Mitarbeitern ins Rentenalter erreicht werden soll, aber auch durch die Nichtverlängerung befristeter Arbeitsverträge. Der Arbeitskampf bei der SNCM zwischen Gewerkschaft und Unternehmensführung war im September wegen der Einführung einer Fähre durch Gewerkschafter in die Schlagzeilen geraten.

30.12. Das Konjunkturinstitut Rexecode veröffentlicht einen Bericht über die Gehaltskosten in Frankreich. Lag Frankreich 1997 noch 16 Prozent unter dem deutschen Gehaltsniveau, so sind es im Jahr 2005 nur noch 1,3 Prozent. Im Vergleich zur Eurozone lag Frankreich 1998 fünf Prozent, 2005 jedoch zehn Prozent über deren Mittelwert.

31.12. In seiner Neujahrsansprache legt Staatspräsident Chirac den Schwerpunkt auf die Globalisierung und ihre Folgen für Frankreich. Die Regierung werde sich darauf konzentrieren, diejenigen Unternehmen zu fördern, die Arbeitsplätze in Frankreich schaffen. Dies könne unter anderem durch eine Reform der Finanzierung der sozialen Schutzsysteme geschehen. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten gebe es auch Erfolge. So sinke die Arbeitslosenquote seit acht Monaten kontinuierlich. Abschließend kündigt er an, in Kürze konkrete Initiativen in den Bereichen politisches und soziales Europa sowie „Europa der Projekte“ vorzulegen.